

Ruf nach einer Wirtschaftswende wird lauter: Daniela Ludwig besucht ROFA AG aus Kolbermoor

21.08.2024, 10:14 Uhr



Vorstandsmitglied Rainer Lange, Bundestagsabgeordnete Daniela Ludwig und Vorstandsvorsitzender Andreas Bauer (von links). © re

Die ROFA AG aus Kolbermoor, ein weltweit agierender Automatisierungsspezialist, schlägt Alarm: Bei einem Gespräch mit der CSU-Bundestagsabgeordneten Daniela Ludwig kritisierte Bauer insbesondere die Autoindustriepolitik der Bundesregierung. Die Lage könnte sich generell ab 2025 verschlechtern.

Kolbermoor/Rosenheim – Die ROFA AG in Kolbermoor ist ein erfolgreicher Global Player in der Automatisierungs- und Fördertechnik mit über 1200 Beschäftigten in sieben Ländern. Trotz des Erfolgs sorgt sich das Unternehmen um die deutsche Wirtschaft. „Wir werden von der Bürokratie

totreguliert“, sagte Vorstandsvorsitzender Andreas Bauer der CSU-Bundestagsabgeordneten Daniela Ludwig. Er warnte, dass sich die Lage ab 2025 verschlechtern könnte. Diese Sorgen hört Ludwig oft bei ihrer Tour durch heimische Betriebe, die eine Wirtschaftswende fordern.

Beliefert auch BMW

Die ROFA AG erwirtschaftet bis zu 80 Prozent ihres Umsatzes in der Automobilindustrie und beliefert unter anderem BMW. Bauer kritisierte die Bundesregierung für Fehler in der Autoindustriepolitik, insbesondere das Verbrenner-Aus und ineffiziente Subventionen. Vorstandsmitglied Rainer Lange betonte, dass China und die USA Subventionen besser handhaben würden, indem sie Bürokratie vermeiden und direkte Steuererleichterungen bieten.

Die deutsche Wirtschaft ist auch von China betroffen. Bauer kritisierte die Einführung von Strafzöllen durch die Bundesregierung, die China einfach umgeht, was deutsche Autohersteller benachteiligt. Ludwig stimmte zu, dass Strafzölle und ineffiziente Subventionen überprüft werden müssten, um Investitionen zu erleichtern.

Bauer kritisierte zudem das Lieferkettengesetz, das hohen Dokumentationsaufwand verursacht, ohne die Produktivität zu steigern. Die ROFA AG forderte von Ludwig eine bessere Infrastruktur, mehr Flexibilität bei Arbeitszeiten und niedrigere Steuern. Ludwig bestätigte, dass diese Forderungen in den Forderungskatalog der Unionsfraktion aufgenommen worden seien, um Unternehmen mehr Freiheit und Investitionsspielraum zu geben. (re)